

Antragsteller	Amt	Bezeichnung	Termin	Herkunft	Betreff	Erledigung
	50	Stadtverordnetenversammlung	26.06.2019		Anfragen und Anregungen	

Beschluss Stadtverordnete Ulrike Bolz weist daraufhin, dass vor dem Haus Rilkeweg 6 die Straßenlaterne nicht leuchte. 19.09.2019

Antwort der Verwaltung Die defekte Straßenlaterne wurde der Syna gemeldet.

Antragsteller	Amt	Bezeichnung	Termin	Herkunft	Betreff	Erledigung
	Bgm.	Stadtverordnetenversammlung	26.06.2019		Anfragen und Anregungen	

Beschluss Stadtverordnetenvorsteher Holger Bellino fragt nach dem Sachstand zur Erhebung einer Grundrechtsklage beim Hessischen Staatsgerichtshof gegen das Land Hessen. Wurde bereits Klage eingereicht bzw. wird noch eine Klage eingereicht? 05.12.2019

Bürgermeister Thomas Pauli antwortet, dass noch keine Klage eingereicht wurde. Es findet demnächst ein weiteres Gespräch mit Herrn Dr. Rauber statt, welcher die Sache begleitet. Danach werde er über den Sachstand berichten.

Antwort der Verwaltung Siehe Mitteilung 319/2019, StaV 05.12.2019, TOP 5.1

Antragsteller	Amt	Bezeichnung	Termin	Herkunft	Betreff	Erledigung
	10.5	Stadtverordnetenversammlung	29.08.2019		Anfragen und Anregungen	

Beschluss Stadtverordneter Dr. Jürgen Göbel bittet darum, in einer der nächsten Sitzungen des Ältestenrats über die Sitzordnung der Stadtverordnetenversammlung zu sprechen. Die jetzige Sitzordnung sei nicht besonders gefällig und nicht optimal. Der Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung, Holger Bellino, sagt dies zu. 31.10.2019

Antwort der Verwaltung Die Sitzordnung wird zur kommenden Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 31.10.2019 angepasst.

Antragsteller	Amt	Bezeichnung	Termin	Herkunft	Betreff	Erledigung
	32	Stadtverordnetenversammlung	29.08.2019	222/2019	Antrag der NBF/NBL-Fraktion zu verkaufsoffenen Sonntagen	

Beschluss Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, den Magistrat zu bitten, an den Hessischen Landtag und/oder die Hessische Landesregierung zu appellieren, auf eine Gesetzesänderung im Hessischen Landesrecht hinzuwirken, welche die Kommunen zukünftig in die Lage versetzt, zur Sicherung und Förderung der kommunalen Wirtschaft leichter als bisher bis zu 4 verkaufsoffene Sonntage im Jahr durchführen zu können. Ziel ist es, den Handlungsspielraum der Kommunen zu vergrößern, die Genehmigungserfordernisse zu vereinfachen und auf der anderen Seite die Rechtssicherheit der Entscheidung für alle Beteiligten zu erhöhen. 31.10.2019

Antwort der Verwaltung Siehe Mitteilung 248/2019, StaV 31.10.2019, TOP 6.1

Antragsteller	Amt	Bezeichnung	Termin	Herkunft	Betreff	Erledigung
---------------	-----	-------------	--------	----------	---------	------------

32 Stadtverordnetenversammlung 29.08.2019 Anfragen und Anregungen

Beschluss Stadtverordneter Kevin Kulp fragt an, ob der Kreuzungsbereich an der Ampel Theodor-Heuss-Straße Ecke Bahnhofstraße ein Unfallschwerpunkt sei. Ihm seien unsichere Verkehrsteilnehmer an dieser Stelle aufgefallen, da offensichtlich die Grünphase sowohl in Richtung Innenstadt als auch für Linksabbieger in die Bahnhofstraße gilt. Er stellt die Frage, ob es möglich und sinnvoll wäre, eine Extra-Grünphase für die Linksabbieger einzurichten. 31.10.2019

Antwort der Verwaltung Der Regionale Verkehrsdienst der Polizeidirektion Hochtaunus wurde in die Beantwortung der Frage eingebunden, da Unfallauswertungen ausschließlich über die Landespolizei erfolgen. Der Bereich Theodor-Heuss-Straße / Bahnhofstraße ist kein Unfallschwerpunkt und als Unfallstelle unauffällig. Rückblickend auf die letzten drei Jahre sind vier Unfälle polizeilich erfasst. Anhand der Unfallzahlen sind aus polizeilicher Sicht keine Maßnahmen erforderlich.

Antragsteller	Amt	Bezeichnung	Termin	Herkunft	Betreff	Erledigung
---------------	-----	-------------	--------	----------	---------	------------

32 Stadtverordnetenversammlung 29.08.2019 Anfragen und Anregungen

Beschluss Stadtverordneter Artur Otto berichtet, dass die auf den Straßen angebrachten 30km/h Markierungen im gesamten Stadtgebiet so gut wie nicht mehr lesbar sind. Da die Verkehrsschilder oftmals sehr klein sind, bittet er um Prüfung, ob diese Markierungen wieder verbessert werden können. 31.10.2019

Antwort der Verwaltung Die Größe der angebrachten Verkehrsschilder sind gesetzlich vorgegeben und für Verkehrsteilnehmer eindeutig erkennbar. Die regelmäßigen Geschwindigkeitsmessungen im Stadtgebiet zeigen, dass diese auch beachtet werden und das Gros der Verkehrsteilnehmer sich an die vorgegebenen Geschwindigkeiten hält. Die Tempo-30-Markierungen auf der Straße sind keine Verkehrszeichen im Sinne der Straßenverkehrsordnung (StVO). Diese sind nicht zwingend notwendig, können aber bei Bedarf erneuert werden. Die Fahrbahnmarkierungen werden sukzessive vom Straßenbaulastträger in Zusammenarbeit mit der Straßenverkehrsbehörde erneuert.

Antragsteller	Amt	Bezeichnung	Termin	Herkunft	Betreff	Erledigung
---------------	-----	-------------	--------	----------	---------	------------

32 Stadtverordnetenversammlung 29.08.2019 Anfragen und Anregungen

Beschluss Stadtverordneter Artur Otto führt aus, dass es viele Fälle in Neu-Anspach gäbe, bei denen unklare Vorfahrtsregeln durch abgesenkte Bordsteine vorherrschen, so z.B. bei der Einmündung Berliner Straße/Raiffeisenstraße. Man sollte darüber nachdenken, eindeutige Verkehrsregelungen zu schaffen, um Unfälle zu vermeiden. 31.10.2019

Antwort der Verwaltung Die Vorfahrtsregelung der Einmündung Berliner Straße/Raiffeisenstraße ist baulich nicht optimal gelöst, aber durch die vorhandene Bordsteinkante verkehrsrechtlich eindeutig. Unfälle an dieser oder anderen Einmündungen aufgrund von „unklaren“ Vorfahrtsregelungen sind nicht bekannt.

Antragsteller	Amt	Bezeichnung	Termin	Herkunft	Betreff	Erledigung
---------------	-----	-------------	--------	----------	---------	------------

51 Stadtverordnetenversammlung 29.08.2019 Anfragen und Anregungen

Beschluss Stadtverordneter Kevin Kulp gibt an, von Bürgern gehört zu haben, dass es Probleme bei der Nutzung des Tanzsportzentrums Grün-Gelb durch eine Sportgruppe der SG Westerfeld gibt. Er bittet um schriftliche Auskunft vom Magistrat, was genau hier der Streitpunkt bzw. der Hintergrund ist und was die Stadt unternehmen kann, um zwischen den Parteien zu vermitteln. 31.10.2019

Antwort der Verwaltung Der TSC Grün-Gelb e.V. (TSC) hat mit Mietvertrag vom 10.12.2013 das Gemeinschaftshaus in Westerfeld (heutiger Tanzsportclub des TSC) von der Stadt Neu-Anspach angemietet. Die Stadt hat in § 4 Abs. II S. 2 des Vertrags festgehalten, dass die beiden Vereine, SG Westerfeld e.V. (SGW) und die Landfrauen Westerfeld ihre Trainingseinheiten dort behalten sollen. Im Juni 2019 hat der aktuelle Vorstand des TSC in einem Schreiben an den Vorstand der SGW einen Eigenbedarf für Trainingsräume angemeldet, so dass deren bisherige Trainingszeiten dienstags von 18 bis 20 Uhr nicht mehr stattfinden konnten. Der TSC hat einige Ausweichtermine vorgeschlagen, welche die SGW aus ihrer Sicht nicht umsetzen konnte. Die Stadt Neu-Anspach wurde durch die SGW aufgefordert, die bestehenden vertraglichen Inhalte um-/durchzusetzen.

In mehreren Gesprächen wurden vielfältige Lösungsmöglichkeiten mit beiden Vereinen besprochen, unter anderem die Nutzung der Milhhalle Westerfeld durch die SGW. Keine der vorgeschlagenen Lösungsmöglichkeiten konnte Einvernehmen herbeiführen. Der Bürgermeister forderte daraufhin den TSC schriftlich auf, den mit der Stadt geschlossenen Vertrag einzuhalten und der SGW die bisherigen Trainingszeiten dienstags von 18 bis 20 Uhr im Tanzsportzentrum einzuräumen. Im Anschluss an die Aufforderung verhängte der TSC ein Hausverbot für die SGW und gewährte den Mitgliedern keinen Zugang zum Tanzsportzentrum. Bevor weitere rechtliche Schritte eingeleitet werden, hat die Verwaltung vorgeschlagen, einen externen Mediator hinzuzuziehen, mit dem Ziel die angespannte Situation zwischen den beiden Vereinen zu entschärfen und damit zu einem befriedigenden und nachhaltigen Ergebnis für alle Parteien zu gelangen. Der Magistrat hat dies beschlossen, die beiden Beteiligten haben einem Mediationsverfahren zugestimmt. Aktuell befindet sich man in der terminlichen Abstimmung.

Antragsteller	Amt	Bezeichnung	Termin	Herkunft	Betreff	Erledigung
	60	Stadtverordnetenversammlung	29.08.2019	232/2019	Gemeinsamer Antrag der Fraktionen von b-now, CDU, SPD, FWG/UBN, Bündnis 90/Grüne und NBF/NBL zum ISEK 2040	

Beschluss Die Stadtverordnetenversammlung beschließt neben dem vorgelegten Stadtentwicklungskonzept ISEK 2040 die in der Anlage genannten Eckpunkte / Ziele, welche bei der Umsetzung zu beachten sind. Das ISEK 2040 soll Regiebuch und Orientierungsrahmen für die nächsten Jahre sein. Der Magistrat wird mit der Umsetzung erforderlicher Maßnahmen beauftragt. 01.10.2019

Antwort der Verwaltung

Antragsteller	Amt	Bezeichnung	Termin	Herkunft	Betreff	Erledigung
	60	Stadtverordnetenversammlung	29.08.2019		Anfragen und Anregungen	

Beschluss Stadtverordnete Ulrike Bolz bittet um eine schriftliche Gegenüberstellung mit dem Protokoll, worin der Planansatz Forst, Bereich Waldernte, und der Ist-Stand, wie er sich jetzt abzeichnet aufgrund der aktuellen Holzpreise und der Zusatzkosten für den höheren Holzeinschlag, enthalten sind. 31.10.2019

Antwort der Verwaltung Auswertung des Produkts Forst mit Stand 30.09.2019 siehe Anlage

Antragsteller	Amt	Bezeichnung	Termin	Herkunft	Betreff	Erledigung
	60	Stadtverordnetenversammlung	29.08.2019	231/2019	Antrag der Bündnis 90/DIE GRÜNEN-Fraktion zu Gestaltungssatzung "Hausgärten" der Stadt Neu-Anspach	

Beschluss Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, den Magistrat zu bitten, zu prüfen, ob ein Entwurf für eine Satzung hinsichtlich der Gestaltung von Hausgärten (Vorgärten und Gärten) sowie der grundsätzliche Ausschluss von Gestaltungen mit Steinen, Kies, Schotter, Folienabdichtungen oder ähnlichen Baustoffen möglich ist. Dies sollte in Zusammenarbeit mit dem Leistungsbereich Bauen, Wohnen und Umwelt, mit sachkundigen Bürgerinnen und Bürger und Umweltverbänden, wie z.B. BUND und/oder NABU erfolgen. Die weitere Beratung zu diesem Thema soll im Bauausschuss stattfinden. 02.07.2020

Antwort der Verwaltung Siehe Vorlage 82/2020, Bauausschuss 24.06.2020, TOP 2.4

Antragsteller	Amt	Bezeichnung	Termin	Herkunft	Betreff	Erledigung
	65	Stadtverordnetenversammlung	29.08.2019	230/2019	Antrag der Bündnis 90/DIE GRÜNEN-Fraktion zu Grünflächenmanagement - Pflege städtischer Rasenflächen, Hecken und Bäumen	

Beschluss Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, den vorliegenden Antrag zur weiteren Beratung in den Bauausschuss zu verweisen. 29.04.2020

Antwort der Verwaltung Verweisung an Bauausschuss
Beschluss StaV 13.02.2020 TOP 4.11

Antragsteller	Amt	Bezeichnung	Termin	Herkunft	Betreff	Erledigung
	65	Stadtverordnetenversammlung	29.08.2019	229/2019	Antrag der Bündnis 90/DIE GRÜNEN-Fraktion zu Begrünung Haltestellendächer in der Stadt Neu-Anspach	

Beschluss Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, den Magistrat zu bitten, mit den jeweiligen Eigentümern Kontakt aufzunehmen und zu prüfen, ob die Möglichkeit besteht, die Dächer der Bus- und Bahnhaltestellen in der Stadt generell umweltfreundlich zu nutzen, z.B. mit einer bienen-/insektenfreundlichen Begrünung oder auch durch Photovoltaikanlagen. Die dadurch entstehenden Kosten für die Stadt sollen entsprechend genannt werden. 02.07.2020

Antwort der Verwaltung Siehe Vorlage 54/2020, StaV 02.07.2020, TOP 4.12

Antragsteller	Amt	Bezeichnung	Termin	Herkunft	Betreff	Erledigung
	Bgm.	Stadtverordnetenversammlung	29.08.2019		Anfragen und Anregungen	

Beschluss Stadtverordnete Corinna Bosch fragt nach dem Sachstand bei der Fraktion Die Linke und möchte wissen, ob die Fraktion Die Linke weiterhin existiere. Der Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung, Holger Bellino, gibt an, dass die Fraktion Die Linke aktuell nicht mehr bestehe. Fünf der sechs Nachrücker auf der Liste haben erklärt, ihr Mandat nicht anzunehmen. Der letzte Nachrücker sei bereits angeschrieben und 31.10.2019

man warte auf Antwort. Wenn auch diese Person das Mandat nicht annehme sei die Liste erschöpft und die beiden Sitze der Fraktion Die Linke bleiben für den Rest der Wahlperiode unbesetzt.

Antwort der Verwaltung

Der Mandatsverzicht des letzten potenziellen Nachrücker liegt vor. Die Liste "DIE LINKE" ist damit erschöpft, die Fraktion besteht somit nicht mehr. Die gesetzliche Zahl der Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung liegt jetzt bei 35.

Antragsteller	Amt	Bezeichnung	Termin	Herkunft	Betreff	Erledigung
	10.5	Stadtverordnetenversammlung	31.10.2019		Anfragen und Anregungen	

Beschluss

Stadtverordneter Kevin Kulp spricht die aktuelle Sitzordnung der Stadtverordnetenversammlung an. Seine Fraktion sei damit nicht zufrieden. Es solle doch versucht werden, die „gerade Linie“ der Tischreihen etwas herauszubekommen und die Tische mehr zu einem Halbkreis zu stellen. Er bittet um Weitergabe an den Stadtverordnetenvorsteher, dass eine Sitzung des Ältestenrats einberufen werden möge. Man habe außer dem Thema Sitzordnung auch noch den Auftrag aus dem Sozialausschuss, die Satzung für die Verdienst- und Leistungsgradnadeln zu überarbeiten, zu besprechen. 05.12.2019

Antwort der Verwaltung

Eine Sitzung des Ältestenrats ist für den 03.12.2019 terminiert.

Antragsteller	Amt	Bezeichnung	Termin	Herkunft	Betreff	Erledigung
	10.5	Stadtverordnetenversammlung	31.10.2019		Anfragen und Anregungen	

Beschluss

Zur Anregung vom Stadtverordneten Kevin Kulp ergänzt Stadtverordneter Bernd Töpferwien, dass man sich bei einer Ältestenratssitzung auch mit den Themen Sitzungskalender 2020 sowie der Sache Vertreterregelung auf Ausschusssitzungen beschäftigen müsse. 05.12.2019

Antwort der Verwaltung

Eine Sitzung des Ältestenrats ist für den 03.12.2019 terminiert.

Antragsteller	Amt	Bezeichnung	Termin	Herkunft	Betreff	Erledigung
	32	Stadtverordnetenversammlung	31.10.2019		Anfragen und Anregungen	

Beschluss

Stadtverordnete Corinna Bosch führt aus, dass sie erfreut in der Zeitung gelesen habe, dass die Sicherheitsinitiative Kompass gestartet sei. Sie bittet um weitere Informationen zu diesem Thema oder auch einen Fahrplan über den weiteren Ablauf für alle Stadtverordneten. 05.12.2019

Antwort der Verwaltung

siehe Mitteilung 336/2019, StaV 05.12.2019, TOP 5.2

Antragsteller	Amt	Bezeichnung	Termin	Herkunft	Betreff	Erledigung
	60	Stadtverordnetenversammlung	31.10.2019		Anfragen und Anregungen	

Beschluss

Stadtverordneter Jan Muschter trägt vor, dass den Bürgergruppen/Arbeitsgruppen, welche aktiv bei dem städtebaulichen Entwicklungskonzept mitgewirkt haben, zugesagt wurde, dass nach dem Beschluss des städtebaulichen Konzepts weiterhin eine Einbindung gewährleistet werden 05.12.2019

soll, sofern die Bürgergruppen/Arbeitsgruppen weiter bestehen. Er fragt, ob es dazu ein Konzept gebe oder wie diese Einbindung aussehen könne.

Bürgermeister Thomas Pauli erklärt, dass es nach Beschlusslage den Ausschussvorsitzenden frei stehe, die Sprecher der Arbeitsgruppen in die Sitzungen der Fachausschüsse einzuladen. Weiter wurde beschlossen, dass ein Konzept über die Beteiligung der Arbeitsgruppen erarbeitet werden soll, welches dann im Haupt- und Finanzausschuss vorgestellt und auch beschlossen wird. Es habe jedoch im zuständigen Leistungsbereich Bauen, Wohnen, Umwelt einen Personalwechsel gegeben und deshalb sei man noch nicht dazugekommen, das Konzept zu erarbeiten. Er hoffe, dass man Anfang nächsten Jahres darüber sprechen könne.

Antwort der Verwaltung

Antragsteller	Amt	Bezeichnung	Termin	Herkunft	Betreff	Erledigung
	60	Stadtverordnetenversammlung	31.10.2019		Anfragen und Anregungen	

Beschluss Stadtverordneter Reinhard Gemander hat eine Nachfrage zum Thema Umzug der Firma Röhrig. Ihn interessiert der aktuelle Stand des Verfahrens. Auch möchte er wissen, was die Stadtverwaltung in dieser Sache bereits unternommen hat und ob die Verwaltung dazu beitragen kann, das Verfahren zu beschleunigen. Ihm gehe es besonders darum, da die Verkehrslage am jetzigen Standort der Firma Röhrig immer problematischer werde. 05.12.2019

Bürgermeister Thomas Pauli gibt zu, dass es ihm lieber wäre, wenn man in der Sache schon weiter sei. Aktuell warte man auf einen Vorentwurf der neuen Planung, welcher dann in die Aufstellung eines Bebauungsplans münde. Leider liege der Vorentwurf bei der Verwaltung noch nicht vor. Eine genaue Ursache für die Verzögerung könne man nicht benennen, vielmehr sei es eine Verkettung von schwierigen Umständen. Es stecke viel Arbeit dahinter, mit der sich der neue Architekt auseinander setzen müsse. Von Verwaltungsseite aus könne man nicht viel machen.

Antwort der Verwaltung

Antragsteller	Amt	Bezeichnung	Termin	Herkunft	Betreff	Erledigung
	60	Stadtverordnetenversammlung	31.10.2019		Anfragen und Anregungen	

Beschluss Stadtverordneter Birger Strutz fragt nach dem aktuellen Sachstand des Bauprojekts Bahnhofstraße 71-73. 05.12.2019
 Bürgermeister Thomas Pauli antwortet direkt, dass die Vorlagen für dieses Projekt in der kommenden Sitzungsrunde geplant sind bzw. anstehen.

Antwort der Verwaltung

Antragsteller	Amt	Bezeichnung	Termin	Herkunft	Betreff	Erledigung
	Bgm.	Stadtverordnetenversammlung	31.10.2019		Anfragen und Anregungen	

Bürgermeister Thomas Pauli berichtet, dass am 04.05.2020 die 1. Sicherheitskonferenz des KOMPASS-Projekts stattfinden werde und dazu die öffentlichen Beteiligten, u.a. die politischen Parteien, demnächst eingeladen werden. Die Ergebnisse der Befragungen vom Nikolausmarkt werden dort vorgestellt und im Plenum der Sicherheitskonferenz beraten.



**Antwort der
Verwaltung**

Antragsteller	Amt	Bezeichnung	Termin	Herkunft	Betreff	Erledigung
	32	Stadtverordnetenversammlung	13.02.2020		Anfragen und Anregungen	

Beschluss Stadtverordneter Kevin Kulp kündigt für eine der nächsten Sitzungsunden einen Antrag seiner Fraktion zum Thema „Städtische Plakatwände“ an. Diesen Antrag wolle er allgemein halten, denn es sei kein politisches Thema, sondern im Sinne der Wahlwerbung ein Thema, was alle Beteiligten betreffe. Er richtet vorab bereits an den Magistrat sowie an die anderen Fraktionen die Bitte, zu überlegen, welche aktuellen Standorte der Plakatwände getauscht werden können/sollen bzw. welche neuen Flächen möglich/denkbar wären.



**Antwort der
Verwaltung**

Antragsteller	Amt	Bezeichnung	Termin	Herkunft	Betreff	Erledigung
	50	Stadtverordnetenversammlung	13.02.2020	32/2020	Antrag der NBF/NBL-Fraktion auf Einrichtung eines "Unverpacktladens" in Neu-Anspach	

Beschluss Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, den Magistrat zu beauftragen, gemeinsam mit dem Wirtschaftsförderer die Möglichkeiten der Ansiedlung eines Unverpacktladens zu prüfen und aktiv auf die Ansiedlung eines solchen Ladens, auch unter Kontaktaufnahme mit den einschlägigen Berufsverbänden, hinzuwirken. Weiterhin soll der Magistrat bzw. der Wirtschaftsförderer in Gesprächen mit den Lebensmittelmärkten in Neu-Anspach darauf hinwirken, dass ein möglichst umfangreicher Verzicht auf Plastiktüten realisiert wird.



**Antwort der
Verwaltung**

Antragsteller	Amt	Bezeichnung	Termin	Herkunft	Betreff	Erledigung
	50	Stadtverordnetenversammlung	13.02.2020	331/2019	Antrag der CDU-Fraktion auf Durchführung von Erhebungen bezgl. der Trinkwasserbelastung mit Plastik-Mikropartikeln	

Beschluss Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, den Magistrat bzw. die Vertreter der Stadt Neu-Anspach im Wasserbeschaffungsverband Usingen zu beauftragen, im Wasserbeschaffungsverband Usingen anzuregen, Erhebungen bezüglich der Belastung des Trinkwassers (inkl. des zugekauften Trinkwassers) mit Plastik-Mikropartikeln, Antibiotika und anderen Medikamenten durchzuführen. Die Untersuchungsergebnisse sollen den Mitgliedern des Wasserbeschaffungsverbandes Usingen alsbald mitgeteilt werden.



**Antwort der
Verwaltung**

Siehe Mitteilung 99/2020, StaV 04.06.2020, TOP 5.1
 Siehe Mitteilung 157/2020, StaV 27.08.2020, TOP 5.1

Antragsteller	Amt	Bezeichnung	Termin	Herkunft	Betreff	Erledigung
---------------	-----	-------------	--------	----------	---------	------------

60 Stadtverordnetenversammlung 13.02.2020 Anfragen und Anregungen

Beschluss Stadtverordneter Kevin Kulp fragt, wie das weitere Vorgehen im Bereich der „Neuen Mitte“ aussehen soll. Der Förderantrag in das Programm „Aktive Kernbereiche in Hessen“ sei bekanntlich nicht aufgenommen worden, er möchte wissen, wie es jetzt mit der Entwicklung des Bereichs weitergehen soll bzw. wie der Zeitplan dazu aussehe. 29.04.2020

Antwort der Verwaltung siehe Vorlage 81/2020, StaV 04.06.2020

Antragsteller	Amt	Bezeichnung	Termin	Herkunft	Betreff	Erledigung
---------------	-----	-------------	--------	----------	---------	------------

60 Stadtverordnetenversammlung 13.02.2020 Anfragen und Anregungen

Beschluss Stadtverordnete Ulrike Bolz bittet den Magistrat um Überprüfung, ob uns wie man nicht mehr benötigte Friedhofsflächen anderweitig verwenden könne. Dabei gehe es nicht vordringlich um eine Bebauung bzw. einen Verkauf, sondern auch darum, dass die Stadt die Unterhaltung sowie die Pflege der Fläche abgeben könne. 29.10.2020

Antwort der Verwaltung siehe Mitteilung 229/2020, StaV 29.10.2020, TOP 6.2

Antragsteller	Amt	Bezeichnung	Termin	Herkunft	Betreff	Erledigung
---------------	-----	-------------	--------	----------	---------	------------

10.3 Stadtverordnetenversammlung 04.06.2020 Anfragen und Anregungen

Beschluss Stadtverordnete Ulrike Bolz fragt nach dem Sachstand der IKZ-Intensivierung, welche sie im Rahmen der Haushaltsberatungen angesprochen habe. 02.07.2020
 Bürgermeister Thomas Pauli antwortet direkt, dass sich die IKZ aktuell hauptsächlich im Rahmen der Digitalisierung intensiviere. Hier werden die Vorbereitungen bzw. die Grundlagen für die Erfüllung des Online-Zugangs-Gesetzes (OZG) im Hintergrund gemeinsam mit der Stadt Usingen geleistet. Ein Teil davon ist auch bereits nach außen für die Bürgerinnen und Bürger sichtbar.

Antwort der Verwaltung

Antragsteller	Amt	Bezeichnung	Termin	Herkunft	Betreff	Erledigung
---------------	-----	-------------	--------	----------	---------	------------

32 Stadtverordnetenversammlung 04.06.2020 Anfragen und Anregungen

Beschluss Stadtverordnete Ulrike Bolz fragt nach dem aktuellen Sachstand im Projekt „KOMPASS“. 02.07.2020

Bürgermeister Thomas Pauli antwortet direkt, dass die 1. Sicherheitskonferenz am 04.05.2020 Corona-bedingt abgesagt werden musste. Aufgrund der vielen Teilnehmer bzw. der zugelassenen Besucherzahlen im Bürgerhaus ist eine Sitzung auch jetzt noch nicht möglich. Er hoffe darauf, dass die 1. Sicherheitskonferenz im Herbst durchgeführt werden könne.



Antwort der Verwaltung

Antragsteller	Amt	Bezeichnung	Termin	Herkunft	Betreff	Erledigung
	51	Stadtverordnetenversammlung	04.06.2020		Anfragen und Anregungen	

Beschluss

Stadtverordnete Ulrike Bolz möchte wissen, wie es mit dem Streetworker bzw. der Jugendpflege weitergehe. Es sei bekannt, dass der Streetworker Neu-Anspach verlassen werde und deshalb stelle sich in diesem Zusammenhang die Frage, was mit der gekündigten Jugendhausarbeit, welche der Streetworker übernehmen sollte, passiere.

02.07.2020



Bürgermeister Thomas Pauli antwortet direkt, dass der Streetworker gekündigt habe und in seine alte Heimat zurückgehe. Im Rahmen der Haushaltsplanberatungen wurde beschlossen, ein Konzept für das Jugendhaus bis zur letzten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung im Jahr 2020 zu erarbeiten, um ggf. noch eine Kündigung bis zum 31.12.2020 zu beschließen bzw. auszusprechen. Das sei noch nicht passiert.

Antwort der Verwaltung

Antragsteller	Amt	Bezeichnung	Termin	Herkunft	Betreff	Erledigung
	51	Stadtverordnetenversammlung	04.06.2020		Anfragen und Anregungen	

Beschluss

Stadtverordnete Ulrike Bolz ist am Sachstand der Einpendlerkinder interessiert.

02.07.2020

Bürgermeister Thomas Pauli teilt mit, dass alle Kommunen, mit Ausnahme einer Kommune, es abgelehnt haben, Änderungen vorzunehmen. Somit kommt es zur Kündigung der bestehenden Verträge.



Antwort der Verwaltung

Antragsteller	Amt	Bezeichnung	Termin	Herkunft	Betreff	Erledigung
	51	Stadtverordnetenversammlung	04.06.2020		Anfragen und Anregungen	

Beschluss

Stadtverordneter Dr. Jürgen Göbel spricht ein Lob an den Magistrat bzw. die Stadtverwaltung aus. Konkret gehe es ihm um die engagierte und kurzfristige Umsetzung der Vorgaben für die Wiedereröffnung der Kindertagesstätten, dies sei sicher sowohl für die Kita-Leitungen wie auch die Stadtverwaltung eine intensive Herausforderung gewesen, welche offensichtlich gut gelungen sei. Dafür möchte er sich bedanken.

02.07.2020



Antwort der Verwaltung

Antragsteller	Amt	Bezeichnung	Termin	Herkunft	Betreff	Erledigung
---------------	-----	-------------	--------	----------	---------	------------

51 Stadtverordnetenversammlung 04.06.2020 Anfragen und Anregungen

Beschluss Stadtverordnete Ulrike Bolz gibt an, im Rahmen der Haushaltsberatungen das Gerücht gehört zu haben, wonach Rückzahlungen an die Evangelischen Kitas erforderlich werden. Was sei hier der Sachstand? 29.10.2020



Antwort der Verwaltung siehe Vorlage 189/2020, HFA 20.08.2020, TOP 3.6
siehe Vorlage 190/2020, HFA 20.08.2020, TOP 3.7
und erneut
HFA 22.10.2020, TOP 3.3 + 3.4

Antragsteller	Amt	Bezeichnung	Termin	Herkunft	Betreff	Erledigung
---------------	-----	-------------	--------	----------	---------	------------

60 Stadtverordnetenversammlung 04.06.2020 Anfragen und Anregungen

Beschluss Stadtverordnete Ulrike Bolz fragt nach dem Sachstand ihrer Anfrage vom 13.02.2020, wonach der Magistrat um Überprüfung gebeten wurde, ob und wie nicht mehr benötigte und noch nicht belegte Friedhofsflächen anderweitig verwendet werden können. 29.10.2020



Bürgermeister Thomas Pauli gibt an, dass das Thema in Bearbeitung sei und nach Abschluss der Arbeiten eine Vorlage komme.

Antwort der Verwaltung siehe Mitteilung 229/2020, StaV 29.10.2020, TOP 6.2

Antragsteller	Amt	Bezeichnung	Termin	Herkunft	Betreff	Erledigung
---------------	-----	-------------	--------	----------	---------	------------

65 Stadtverordnetenversammlung 04.06.2020 Anfragen und Anregungen

Beschluss Stadtverordneter Horst Meyer fragt nach dem Sachstand der Versiegelung. Bei Spaziergängen stelle er fest, dass z.B. Vorgärten immer mehr zu Garagen und Abstellplätzen umgewidmet werden. 02.07.2020



Bürgermeister Thomas Pauli habe ihm versprochen, im Stadtteil Westerfeld mit einer Kontrolle zu beginnen. Deshalb wolle er fragen, ob damit schon begonnen wurde.

Antwort der Verwaltung Alle Eigentümer im Stadtteil Westerfeld wurden angeschrieben und die entsprechenden Rückläufer der gemeldeten Flächen sind im Programm erfasst. Die entsprechenden Bescheide über die Festsetzung der gemeldeten Flächen erfolgen, sobald der Programmhersteller die Änderungen in den Bescheidvorlagen angepasst hat. Als nächstes wird der Stadtteil Rod am Berg komplett angeschrieben, parallel erfolgt eine Info über Homepage, NAN und die Presse (allgemeine Info wieso, weshalb, warum). Eine Mitarbeiterin wird sich ab dem 01.07.2020 diesem Thema annehmen. Aktuell wurde dieser Bereich in Teilzeit (2 Tage, á 5 Std) nebenbei bearbeitet.

Antragsteller	Amt	Bezeichnung	Termin	Herkunft	Betreff	Erledigung
---------------	-----	-------------	--------	----------	---------	------------

Bgm. Stadtverordnetenversammlung 04.06.2020 Anfragen und Anregungen

Beschluss Stadtverordneter Bernd Töpperwien fragt, ob für die Offene-Punkte-Liste ein Ampelsystem verwendet werden könne. Für die Übersichtlichkeit wäre Rot = Termin überfällig, Gelb = in Bearbeitung und Grün = erledigt hilfreich. 02.07.2020

Bürgermeister Thomas Pauli antwortet direkt, dies sei nicht möglich. So wie die Offene-Punkte-Liste aktuell vorliege, sei der aktuelle Stand des Programmherstellers.

Antwort der Verwaltung Zur besseren Übersicht sind zukünftig zwei Listen beigefügt. Eine Liste mit den bereits erledigten Punkten, eine weitere Liste mit den offenen Punkten.

Antragsteller	Amt	Bezeichnung	Termin	Herkunft	Betreff	Erledigung
	10.5	Stadtverordnetenversammlung	02.07.2020		Sonstige Anfragen und Anregungen	

Beschluss Stadtverordneter Roland Höser berichtet, dass er am heutigen Tage wiederholt Autos mit ausländischen Kennzeichen in der Stadt gesehen habe, welche komplett mit Kameras ausgestattet waren. Dies habe ihn beunruhigt. Er möchte wissen, ob bekannt sei, was es damit auf sich habe. Der Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung, Holger Bellino, gibt einen Zwischenruf aus dem Parlament weiter, wonach in der Zeitung zu lesen war, dass es sich um Aufnahmen von/für Google handelt. Dies sei erlaubt. 27.08.2020

Antwort der Verwaltung

Antragsteller	Amt	Bezeichnung	Termin	Herkunft	Betreff	Erledigung
	51	Stadtverordnetenversammlung	02.07.2020		Sonstige Anfragen und Anregungen	

Beschluss Stadtverordnete Ulrike Bolz bezieht sich auf den Beschluss zu TOP 4.9, Vorlage 132/2020, und begrüßt, dass man jetzt zunächst die Besucheranzahl 1000 für das Waldschwimmbad beschlossen habe. Sie möchte nachfragen, ob eine positive Veränderung bei weiteren Lockerungen oder auch eine Einschränkung bei negativer Entwicklung durch den Magistrat bzw. das Verwaltungshandeln möglich sei. 27.08.2020

Bürgermeister Thomas Pauli antwortet direkt, dass das Hygienekonzept für das Waldschwimmbad Aufgabe des Magistrats sei und dieser somit Einschränkungen wie auch Lockerungen, z.B. Öffnung der Umkleiden oder auch der Duschen, vornehmen könne. Dies hänge jedoch vom Verhalten der tatsächlichen Besucher ab.

Antwort der Verwaltung

Antragsteller	Amt	Bezeichnung	Termin	Herkunft	Betreff	Erledigung
	51	Stadtverordnetenversammlung	02.07.2020		Sonstige Anfragen und Anregungen	

Beschluss Stadtverordnete Corinna Bosch fragt nach dem aktuellen Sachstand zum Thema Alte Schule Westerfeld sowie dem Tagesmütter-Projekt. Man habe dazu von verschiedenen Seiten etwas in der Zeitung lesen können, deshalb frage sie jetzt direkt nach. 27.08.2020

Bürgermeister Thomas Pauli antwortet direkt, dass ein Angebot der Kirche zur Übernahme des Gebäudes vorliege. Eine Vorlage zu dieser Sache sei bereits fertig erstellt, jedoch gibt es seitens der Revision vom Hochtaunuskreis die Auflage, bei allen neuen Investitionen bereits vor

Beschlussfassung die entsprechende Vorlage bei der Revision vorzulegen. Daraufhin wurde ergänzend von der Revision gefordert, eine Bedarfsanalyse für die U3-Betreuung sowie für die Tagesmütter vorzulegen. Diese Dinge wollte man erarbeiten, jedoch kam „Corona“ dazwischen und die Arbeit wurde ausgebremst. Der Bürgermeister gibt an, dass diese Dinge im Zusammenhang mit dem Kita-Entwicklungskonzept beraten werden können.

Antwort der Verwaltung

Antragsteller	Amt	Bezeichnung	Termin	Herkunft	Betreff	Erledigung
	51	Stadtverordnetenversammlung	27.08.2020	206/2020	Gemeinsamer Antrag der Fraktionen SPD und b-now auf Erstellung eines zukunftsweisenden Konzeptes zur Jugendpflege	

Beschluss

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, den vorliegenden Antrag zur weiteren Beratung in den Sozialausschuss zu verweisen. 27.08.2020
 Beratungsergebnis: 15 Ja-Stimme(n), 15 Gegenstimme(n), 0 Stimmenthaltung(en)
 Es liegt eine Stimmengleichheit vor, nach § 26 Abs.1 Satz 1 der Geschäftsordnung für die Stadtverordnetenversammlung und die Ausschüsse der Stadt Neu-Anspach werden Beschlüsse mit der Mehrheit der abgegebenen Stimmen gefasst. Somit ist die Verweisung des Antrags in den Sozialausschuss abgelehnt.
 Die Stadtverordnetenversammlung lehnt ab,
 1. Der neue Streetworker respektive der zuständige Fachbereich der Stadtverwaltung wird mit der Erstellung eines zukunftsweisenden Konzeptes zur Jugendpflege, unter teilweiser Einbeziehung der bestehenden Räumlichkeiten beauftragt. Der VzF kann hierzu eigene konzeptionelle Vorschläge / Angebote einbringen.
 2. Der aktuelle Vertrag der Stadt mit dem VzF über das Jugendhaus (gesamtes Gebäude) wird zum nächstmöglichen Termin gekündigt. Bei einem konzeptionell attraktiven Angebot gem. 1. kann ein neuer Vertrag mit dem VzF in reduziertem Umfang abgeschlossen werden.
 3. Das bisherige Jugendhaus-Gebäude wird in seiner Gesamtheit zu einem „Haus der sozialen Träger“ weiterentwickelt (z.B. unter Einbeziehung von Tafel, Caritas-Laden, Café Hartel, Suchtberatung und weiterer sozialer Einrichtungen).
 4. Die Umsiedlung der sozialen Einrichtungen der Bahnhofstrasse 27 in das bisherige Jugendhaus wird unter Einbeziehung der aktuellen Mieter geprüft.

Antwort der Verwaltung

Antragsteller	Amt	Bezeichnung	Termin	Herkunft	Betreff	Erledigung
	10.5	Stadtverordnetenversammlung	29.10.2020		Anfragen und Anregungen	

Beschluss

Stadtverordnete Corinna Bosch bezieht sich auf den anstehenden „Soft-Lockdown“ und zählt einige betroffene Gewerbebranchen auf. Diese müssen vielleicht jetzt auf die Existenz kämpfen. Ihre Fraktion erwarte, dass der städtische Wirtschaftsförderer aktiv auf diese Gewerbetreibende zugehe, über das aufgelegte Bundesprogramm informiere und bei einer möglichen Antragstellung unterstütze. 15.12.2020

 Bürgermeister Thomas Pauli antwortet direkt, wonach der Lieferservice der Neu-Anspacher Gewerbetreibenden wieder aufgelegt werde und entsprechend auf der Homepage veröffentlicht wird. Weiter habe die Stadt bekanntgegeben, dass sich die Gewerbetreibenden an den Wirtschaftsförderer der Stadt wenden können und er bei Anträgen unterstützen werde. Dies habe man bereits im ersten Lockdown gemacht und werde es auch jetzt wieder anbieten.

**Antwort der
Verwaltung**

Antragsteller	Amt	Bezeichnung	Termin	Herkunft	Betreff	Erledigung
	10.5	Stadtverordnetenversammlung	29.10.2020		Anfragen und Anregungen	

Beschluss

Stadtverordneter Kevin Kulp spricht das Gewerbegebiet „Im Kirchborn“ im Stadtteil Westerfeld an. Hier habe man bei einer Ortsbegehung einige Dinge gesehen. Er fragt, ob die Nutzung durch den VHT sowie die übereinander gestapelten Container, welche schrottreif sind und gleichzeitig die Gefahr bergen, auf den Weg zu kippen, mit dem Bebauungsplan konform sind.

15.12.2020



Bürgermeister Thomas Pauli antwortet direkt, dass die Sache mit den Containern der Bauaufsicht des Hochtaunuskreises vorliege. Diese arbeite aktiv an der Sache. Weiter führt er aus, dass man alle Eigentümer mit Fristsetzung aufgefordert habe, die Bepflanzung gemäß des Bebauungsplans vorzunehmen. Dies werde entsprechend nach Ablauf der Frist kontrolliert und bei fehlender oder falscher Bepflanzung ebenfalls an die Bauaufsicht des Hochtaunuskreises gemeldet. Diese habe dann weitergehende Möglichkeiten, z.B. mit einer Geldauflage Dinge festzusetzen.

**Antwort der
Verwaltung**

Antragsteller	Amt	Bezeichnung	Termin	Herkunft	Betreff	Erledigung
	10.5	Stadtverordnetenversammlung	29.10.2020		Anfragen und Anregungen	

Beschluss

Stadtverordneter Bernd Töpperwien bezieht sich auf das Gewerbegebiet „Im Kirchborn“. Ein Eigentümer habe ihn angesprochen und darauf hingewiesen, dass die Ausnutzung der Grundstücke ungünstig sei. Weiter wolle er wissen, ob man von der vorgegebenen Bepflanzung abweichen könne. Wenn ja, was müsse der Antragsteller dafür tun?

15.12.2020



Bürgermeister Thomas Pauli antwortet, der betroffene Grundstückseigentümer müsse einen Abweichungsantrag mit entsprechender Begründung an den Magistrat stellen.

**Antwort der
Verwaltung**